

Ullrich, Peter

Subtile Autorität und prekäre Legitimität der Videoüberwachung von Demonstrationen – Praxen und Wissensformen von Polizei und Protestierenden

Chapter in book | Published version

This version is available at <https://doi.org/10.14279/depositonce-7319>



Ullrich, Peter (2018). Subtile Autorität und prekäre Legitimität der Videoüberwachung von Demonstrationen – Praxen und Wissensformen von Polizei und Protestierenden. In: Anja Mensching & Astrid Jacobsen (Eds.), Polizei im Spannungsfeld von Autorität, Legitimität und Kompetenz (pp. 121–133). Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.

Terms of Use

Copyright applies. A non-exclusive, non-transferable and limited right to use is granted. This document is intended solely for personal, non-commercial use.

Subtile Autorität und prekäre Legitimität der Videoüberwachung von Demonstrationen – Praxen und Wissensformen von Polizei und Protestierenden

Peter Ullrich

Ausgangsfragen¹

Seit dem „Volkszählungsurteil“ des Bundesverfassungsgerichts von 1983 wird in der Rechtsprechung angenommen, dass Überwachung davon abschrecken würde, Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit wahrzunehmen. Diese (soziologische) Annahme der Richter/innen prägte auch verschiedene Urteile zur Videoüberwachung von Demonstrationen, die polizeilicherseits häufig rechtswidrig eingesetzt wurde.² Die empirische Überprüfung der Abschreckungsthese stand bisher ebenso aus wie die Erforschung der Logik des polizeilichen Einsatzes von Videoüberwachung im Protest Policing (vgl. Ullrich 2014).

Das Projekt ViDemo untersuchte daher die Praxis polizeilicher Videoaufzeichnungen politischer Versammlungen und Demonstrationen sowie deren Auswirkungen auf Demonstrierende. Im Zentrum des Interesses stehen Wissensformen von und Wechselwirkungen zwischen Beteiligten und Betroffenen (insbesondere Polizei und Demonstrierenden) sowie die sich in diesem Feld entfaltenden, teilweise medialisierten Machtwirkungen, die sich mit der Kamera als Symbol polizeilicher Autorität verbinden. Im Einzelnen wurden untersucht:

¹ Der Aufsatz geht zurück auf die Posterpräsentation des zugrundeliegenden DFG-geförderten Forschungsprojekts „ViDemo“ (DFG GZ UL 389/3-1) und stellt den Versuch dar, im Komplettüberblick Fragestellungen und Ergebnisse des mehrjährigen Projekts zusammenzufassen. Aufgrund des begrenzten Platzes bei einer Vielzahl komplexer Unterthemen und aufgrund der Tatsache, dass verschiedene Papers mit Projektergebnissen sich noch in der Begutachtung befinden, kann dieser Überblick hier nur ein kursorischer und komprimierter sein. Ich danke meinen studentischen Mitarbeiter/innen Franziska Dittrich und ganz besonders Clemens Jakob Poldrack, der das Projekt lange Zeit organisatorisch am Laufen hielt, sowie meinem ehemaligen Praktikanten, späteren Diplomanden und mittlerweile längst Kollegen Philipp Knopp: die Teile der Studie, die sich auf Reaktion der überwachten Protestierenden beziehen, habe ich in erheblichen Teilen gemeinsam mit ihm erarbeitet.

² Ullrich (2014, S. 42 f.); sowie jüngst VG Hannover, 10 A 226/13, VG Leipzig, 1K 222/13 & 1K 259/12.

A) Polizeipraxis und professionelles Wissen: Wann, warum und wie bringt die Polizei Videotechnik auf Versammlungen zum Einsatz? Das Augenmerk liegt neben den institutionellen (Organisation und Polizeikultur) auf den subkulturellen Wissensstrukturen (bspw. Kategorisierungen) und Erwartungen sowie der Herstellung dieses Wissens und entsprechender Praktiken in der alltäglichen Interaktion der Einsätze und Kommunikation unter Kolleg/innen (Cop Culture).

B) Auswirkungen auf Demonstrationsteilnehmer/innen: Untersucht werden direkt handlungsleitende und situationsbezogene Effekte auf Versammlungsteilnehmer/innen, besonders die Auswirkungen auf das Demonstrationsverhalten (Handlungsrepertoires, Schutz vor Überwachung, Gegenüberwachung, Disziplinierung/Pazifizierung oder Radikalisierung) sowie persönlichkeits- und einstellungsformende, subjektivierende Wirkungen (auf die Neigung zur Teilnahme an Demonstrationen und generell politische Partizipation, Anregungen zu Reflexion und Selbstmanagement, Internalisierung von Kontrolle).

C) Interaktion und Rückkopplung: Polizeipraxis und Umgangsweisen der Aktivist/innen werden zudem in ihrer gegenseitigen Bezugnahme betrachtet. Dabei geraten konkrete Interaktionen auf Demonstrationen sowie aufeinander bezogene strategische Adaptionen und dadurch ausgelöste Dynamiken einer Überwachungs-Gegenüberwachungs-Spirale in den Blick.

Den drei zentralen Analyseebenen entsprechend werden nach einigen Anmerkungen zu Design und Forschungsmethoden die Ergebnisse in drei Abschnitten zusammengefasst. Zum Abschluss werden grundsätzliche Überlegungen und Anschlussfragen erörtert.

Forschungsdesign

Die aufgeworfenen Fragen wurden in einem Grounded-Theory-Design untersucht. Als Erhebungsmethoden kamen Gruppendiskussionen mit Bereitschaftspolizeibeamt/innen und Demonstrierenden, Expert/inneninterviews mit Politiker/innen, Beobachter/innen des Demonstrationsgeschehens und leitenden Polizeibeamt/innen sowie ergänzend Beobachtungen im Feld, insbesondere bei Protestereignissen, zum Einsatz.

Als Herausforderung erwies sich dabei in noch stärkerem Ausmaß als erwartet die grundsätzliche Frage der Möglichkeit von Polizeiforschung.³ Die Polizei,

³ Weitgehend unproblematisch (wohl aufgrund des Standings des Projektleiters als Protestforscher und dadurch bestehender vielfältiger Kontakte) war der Feldzugang zu Protestierenden, allerdings mit Reserviertheiten bei militanteren Gruppen und großen Problemen bei der Rekrutierung migrantischer Aktivist/innen (was mit großer Wahrscheinlichkeit mit den Repressionserfahrungen bzw. -erwartungen und im Fall der

insbesondere die für Protest Policing zuständige Bereitschaftspolizei, ist, wenn auch nicht mehr „hermetische Institution“ (Busch *et al.* 1988), doch noch immer ein schwer zugänglicher Untersuchungsgegenstand vor allem für organisationsexterne Forschende (Reichertz 2003, Reiner 2010, Rogers 2014). Diese Widerständigkeit gegenüber der Forschung lässt sich an fünf „Barrieren auf dem Weg zur Polizei“ (Ullrich 2018) festmachen: 1) polizeiliche Zugangskontrolle zum Feld, 2) die asymmetrische Forschungsbeziehung, 3) polizeiliche Steuerungsversuche, 4) die skeptische Haltung potenzieller Interviewpartner/innen und 5) das gebremste Diskussionsverhalten. Was sich als schwierige Beziehung zwischen Forschenden und Feld, ja aus Forschungssicht als Hürde darstellt, erlaubte jedoch zugleich die Rekonstruktion von Strukturen des Gegenstandes selbst und kann u.a. als Resultat organisationaler und polizei- sowie polizist/innenkultureller Charakteristika erklärt werden. Dazu gehört das organisationale Motiv der Abwehr von Kritik und externen Kontrollaspirationen. Dieses wird u.a. durch omnipräsente Narrative der „Harmlosigkeit“ und „Machtlosigkeit“ untermauert, mit denen die Bereitschaftspolizei der aus ihrer Perspektive zu Unrecht stets präsenten öffentlichen Kritik an der Organisation und ihren Mitgliedern begegnet (vgl. Frevel und Behr 2015). Die damit zusammenhängende, tendenziell forschungsunfreundliche Grundhaltung zumindest im Bereich Protest Policing führt dazu, dass sich die „Definitionsmacht der Polizei“ (Feest und Blankenburg 1972) in ihrem Handlungsfeld teilweise auch auf die Forschung überträgt. Die polizeiliche Einflussnahme hat allerdings Grenzen; dafür wurden Eigenläufigkeiten der Erhebung und aktive Gegenstrategien genutzt (vgl. Ullrich 2018).

Mit Polizeibehörden und politisch Aktiven verschiedener Spektren (linke, liberale, rechte mit unterschiedlichen Themenfoci, Aktionsformen usw.) aus drei Bundesländern konnten schließlich Forschungsbeziehungen etabliert werden. Interessant ist hier, dass die Befragten die Erhebung in der Regel selbst als gewinnbringend beschrieben haben. Bei polizeilichen Befragten war dies oft mit einer Überraschung über diesen – offensichtlich unerwarteten – Sachverhalt verbunden. Die schlussendliche Wertschätzung der Interviews bei verschiedenen Teilnehmenden lässt sich unter anderem als Ausdruck einer Arbeitssituation interpretieren, die bei vielen Polizeibehörden von Personalknappheit, Stress und Überstunden einerseits und von der Abwesenheit von Super- und Intervention oder schlicht Reflexionsräumen (trotz häufiger Extremerfahrungen) andererseits, gekennzeichnet ist.

Die Polizeiseite: Videoüberwachung als Prozess

Ziele der Videoüberwachung

Der polizeiliche Einsatz von Videoüberwachung dient v.a. der Strafverfolgung sowie präventiven und nachbereitenden Zwecken. Im Kern geht es um die Erhöhung der Anzahl „beweissicherer Festnahmen“, die

Motive für polizeiliche Videoüberwachung

- Beweissicherung/Strafverfolgung
- (Selbst-)Dokumentation & Imagepflege
- Prävention
- Gedächtnisauffrischung
- Ausbildung und Planung
- Lenkung und Leitung

möglichst von der Tatvorbereitung über die Begehung bis zur Festnahme gerichtsfest dokumentiert sein sollen. Ihre sicherheitspolitische wie organisationsinterne Legitimation beruht auf einem mit den Kamerabildern verbundenen dokumentarischen Objektivitätsideal.

Dieses baut auf die „argumentative Kraft“ (Kammerer 2008, 52) der Bilder. Sie würden, so betonen Interviewte, „ein Stück weit Objektivität“ (022 GD) sicherstellen und werden überwiegend als neutrale Fakten begriffen, die gleichsam interesselos im Dienst der Wahrheit stünden.

Die Fiktion der Rechtsdeterminiertheit und die polizeiliche Definitionsmachtkette

Die Polizei selbst legitimiert Videoüberwachung mit dem Versprechen von Unparteilichkeit und Objektivität, basierend auf der Vorstellung strikter Rechtsdeterminiertheit. Videoüberwachung ist stattdessen aber als kontingenter Prozess der aktiven Konstruktion von Evidenz zu analysieren. Er besteht aus einer Abfolge von Entscheidungen in drei Grundphasen: von der Potenzialbestimmung (Protestdiagnose) über die vorrangig polizeilich orientierte Durchführung zur vorrangig staatsanwaltschaftlich orientierten und auf Verurteilung abzielenden Fixierung der Prozessergebnisse in der Nachbereitungsphase (vgl. Tab. 1). Die Breite der Handlungsoptionen bis hin zur Manipulation, die in der Praxis weit über den rechtlich existenten Ermessensspielraum hinaus reicht, ist als Ausdruck *soziologischen* oder *tatsächlichen Ermessens* zu begreifen, in welchem polizeiliche Definitionsmacht gründet.

Schritte (polizeilicher Entscheidung)	Soziologisches/faktisches Ermessen
1) Informationsgewinnung, Protestdiagnose	<ul style="list-style-type: none"> • Routinisierte Kategorien und Stereotype → mglw. Voreingenommenheit bei Einsatzentscheidungen, „politische“ statt substantielle Gefahrenprognose (vgl. Arzt und Ullrich 2016)
2) Ausrüstung für Einsatz	
3) Präsenz und Sichtbarkeit der Kameras (vgl. dazu a. Knopp und Müller-Späth 2017)	<ul style="list-style-type: none"> • Ja - Nein • Falls Ja: nur für den Ernstfall - offenes Zeigen – Nutzen als Machtsymbol/‘sanfte’ Drohung • Ort der Kameras: Beamt/innen zu Fuß, Fahrzeuge, Helikopter, Drohnen • Ankündigung der Präsenz/Nutzung?
4) Aufnahmeentscheidung	<ul style="list-style-type: none"> • Ja – nein; von Anfang an oder tatbestandsabhängig? • Welche Anlässe, welche rechtliche Grundlage?
5) Aufnahme	<ul style="list-style-type: none"> • Auswahl des Fokus, des Zeitrahmens
6) Speicherung	<ul style="list-style-type: none"> • Aufnahme speichern – teilweise speichern – löschen (mit/ohne Löschvermerk) • Zusätzliche schriftliche Interpretation
7) Bearbeitung	<ul style="list-style-type: none"> • Auswahl der Szenen • Hervorheben von Aspekten, Slow Motion, Standbilder
8) Nutzung für Anzeigen und Strafverfolgung	<ul style="list-style-type: none"> • Entscheidung über Anzeige/Anklage • Entscheiden (welches) Material (nicht) verwendet wird
9) Nachnutzung	<ul style="list-style-type: none"> • Vor der Aussage: Auffrischen der Erinnerung • Nutzung für Planungs- oder Ausbildungszwecke

Tabelle 1: Teilschritte und soziologischer Ermessensspielraum in der Definitionsmachtkette

Aus den vorliegenden Daten lassen sich drei demonstrierendenbezogene Faktoren extrahieren, die ‚over‘- oder ‚underpolicing‘, beziehungsweise ‚-watching‘ wahrscheinlicher machen:

- die polizeiliche Einordnung in Legitimitäts- und Normalitätsklassen („gute“/„böse“ Demonstrierende)
- die Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft der Demonstrierenden gegenüber der Polizei
- die Beschwerdemacht bzw. das themenbezogene Wissen der Demonstrierenden

Die Definitionsmacht der Polizei liegt in der Vielzahl möglicher Selektionen für einzelne Beamte/innen und die Organisation, also im ‚soziologischen‘ oder ‚tatsächlichen‘ Ermessensspielraum. Nur zu einem geringen Teil sind die jeweiligen Entscheidungen rechtsdeterminiert, auch wenn gesetzliche Definition, organisationales Selbstbild und Ausbildung in der Polizei diese Vorstellung hegen und pflegen (Winter 1997). Empirisch erweist sich angesichts der realen Freiheitsgrade die Rechtsdeterminiertheit ebenso wie die postulierte Objektivität als Fiktion, wenngleich als eine aufgrund der gesetzlichen Definition quasi notwendige. Das Recht ist zwar als Motiv polizeilichen Handelns unschwer zu erkennen, es ist aber nur ein Motiv unter vielen. Stattdessen erweist sich das Recht als *doppelte Rechtfertigungsstruktur*: zum einen für das Handeln in Einsatzsituationen und zum anderen als Leitschnur und Argumentationsreservoir für die Ausgestaltung eines Idealbilds polizeilicher Videoüberwachung. Dieses polizeikulturelle Ideal ist eine von Widersprüchen, Ambivalenzen und Polizeidevianz bereinigte Schauseitenversion (vgl. Kühl 2014, 333) der tatsächlichen Praxen. Die informellen Organisationspraxen dahinter können im Extrem bis zur Verfälschung oder Unterschlagung von Videomaterial aus Gründen des Organisationsschutzes oder aufgrund subkultureller Strafbedürfnisse reichen.

Den praktischen Prozess kennzeichnet insbesondere, dass die bei jedem Schritt bestehende Kontingenz im weiteren Verlauf mehr oder weniger unsichtbar wird. Liegt eine Aufnahmesituation vor, ist nicht mehr von Belang, warum Kameras überhaupt anwesend waren. Wenn eine bearbeitete Videoversion (fixierte Evidenz) vorliegt, bedarf es mindestens aktiven Zweifelns und des Suchens nach Gegenevidenz (bspw. vor Gericht), um die scheinbar objektiven Bilder zu hinterfragen. Dies funktioniert, weil der Prozess weitgehend von Sachtechnik (Fahrzeuge, Kameras, Computer, Software u.v.m.) als in routinisierte Praxisvollzüge eingebetteter Ressource gestützt wird (Schulz-Schaeffer 1999). Verschiedene Schritte im Prozess bringen Objektivationen hervor, die im nächsten Schritt als selbstverständlich vorausgesetzt werden können, weil sie in ihrer Technikvermitteltheit als nicht durch Subjektivität Getrübt erscheinen, sondern vielmehr von einer „Aura der Authentizität“ (Bredekamp 2004) umgeben sind. Der Gesamtprozess ist also als ein Fall von ‚*blackboxing*‘ zu verstehen, bei dem der Output den Vorgang als solchen rechtfertigt und dessen Zustandekommen der Hinterfragung enthebt (Latour, 1999, 183 f., 304). Damit ist der Prozess der Definitionsmachtkette zugleich eine durch die Distanziertheit des skopischen Mediums (Knorr-Cetina 2012) mögliche „Abstraktion vom

Sozialen“ (Belina and Wehrheim 2011). Der letztlich in die Strafakte eingehende bearbeitete Videofilm abstrahiert von all seinen Ermöglichungsbedingungen auf den isolierten Rechtsbruch hin. Der soziale Konflikt hinter dem Protestereignis, die geteilte Konfliktgeschichte von Polizei und bestimmten Demonstrierendengruppen mit ihren etablierten Feindbildern und auch die Gesamtsituation auf der entsprechenden Demonstration sind vom Standpunkt des Strafrechts nicht mehr relevant – Rechtsbruch bleibt Rechtsbruch und ist zu verfolgen. Doch die Sanktionswahrscheinlichkeit ist zuungunsten antagonistischer und weniger beschwerdemächtiger Gruppen ungleich verteilt.

Die Seite der Demonstrierenden: Abschreckung im Konjunktiv⁴

Schon die kursorischen Auswertungen erster Gruppendiskussionen (Ullrich 2011) ergaben schnell, dass Videoüberwachung für viele politische Aktivist/innen ein Thema und damit ein Gegenstand der aktiven Auseinandersetzung ist, über den sich vielfach detailliertes Wissen angeeignet wird. Ebenso wurde deutlich, dass die Reaktionsweisen auf Videoüberwachung mit der verfassungsrichterlichen Abschreckungsthese nicht ausreichend verstehbar sind. So kann Videoüberwachung gelegentlich sogar als Schutz verstanden werden, weil sie Unschuld nachweisen könne oder die Verfehlungen anderer, also der Polizei bzw. politischer Gegner/innen dokumentiert würden (Knopp und Ullrich 2016). Von liberalen Demonstrierenden wird sie auch als gerechtfertigtes Einsatzmittel gegen „Störer“ akzeptiert. Doch es überwiegt eine skeptisch-distanzierte Haltung, ganz besonders bei den linken und linksradikalen Aktivist/innen, die für einen bedeutenden Teil des Protestgeschehens in Deutschland verantwortlich sind. Hier löst die Kamera negative Emotionen aus; sie wird als Mittel der ungerechtfertigten Stigmatisierung und Kriminalisierung verstanden, induziert Wut, Aggressionen und trägt zu Eskalationsdynamiken bei. Abschreckung vom Demonstrieren wird als Reaktionsweise zwar erwähnt, aber eher bei unspezifisch bleibenden Dritten oder nur im Hinblick auf einzelne Handlungen. Dies ist nun aber keinesfalls so zu verstehen, dass Videoüberwachung nicht Ausgangspunkt von Machtwirkungen wäre. Diese sind jedoch, wie dies post-panoptische, gouvernementalitäts- und subjektivierungsanalytische Ansätze auch nahelegen, subtileren Charakters (vgl. Heßdörfer et al. 2010, Baumgarten und Ullrich 2016) und zielen nicht nur auf die Internalisierung von Kontrolle, sondern auf die Etablierung von Normalitätsklassen (Heim 2013, 306). Sie lassen sich als aktivierende (Lessenich 2008) bzw. im Sinne Foucaults als *produktive* Machteffekte verstehen (vgl. Krasmann 2005). Ein erster dieser Effekte ist schon die Beschäftigung mit dem und die Reflexion über das Thema, die evozierte und weit verbreitete

⁴ Dieser Abschnitt basiert weitgehend auf gemeinsam mit Philipp Knopp angefertigten Veröffentlichungen.

Verunsicherung durch Kameras und nicht zuletzt die Herausbildung von „Sicherheitskulturen“ im Umgang mit ihnen.

Reflexionen

Während die öffentliche, politische wie juristische Kritik polizeilicher Videoüberwachung auf Demonstrationen von der Abschreckungsthese geprägt ist, zeigt die empirische Untersuchung, dass die Auswirkungen komplexer sind. Auf Basis von Gruppendiskussionen mit rechten, linken und liberalen Aktivist/innen sowie Fußballfans wurden die Macht- und Subjektivierungseffekte erstmals systematisch untersucht. Videoüberwachung löst bei Betroffenen grundsätzlich Unsicherheiten aus, führt zu Reflexionen und ‚produktiven‘ Machtwirkungen wie der Übernahme polizeilicher Gefahrenkategorien in Selbstsichten. Die *Deutung* von Videoüberwachung als Abschreckung, Repression, Schutz oder schlicht Normalität im Versammlungsgeschehen (dies sind die vier wichtigsten herausgearbeiteten Deutungsmuster) hängt einerseits mit den Staats- und Polizeibildern der Befragten zusammen und andererseits stark von der Exposition im Protestgeschehen ab. Die *Bewertung* von Videoüberwachung variiert, je nachdem ob Einsatzsituationen als konfliktbehaftet (Videoüberwachung u.U. akzeptabel) oder friedlich (Videoüberwachung als ungerechtfertigte Repression) gedeutet werden. Der unterschiedliche Umgang mit Videoüberwachung manifestiert sich in gruppenspezifischen Sicherheitskulturen. Diese sind Resultat der Abwägungen von Anonymitäts- und Sicherheitsbedürfnissen sowie dem Streben nach politischer Handlungsfähigkeit. Sie sind also Resultat des Willens, sich eben nicht abschrecken zu lassen. Vier Sicherheitskulturen wurden in der kontrastiven Auswertung der Gruppendiskussionen mit Demonstrierenden identifiziert, die jeweils spezifische Handlungsformen (bspw. Gegenüberwachungsstrategie) und -normen nahelegen:

- **Reflexive Militanz** – bei Erfahrung mit hartem Policing; Anonymität als Ziel an sich
- **Überwachungsrealismus** – ebenso bei Erfahrungen mit hartem Policing, aber mit Restvertrauen in Rechtsbindung der Polizei; positives Außenbild der Demonstrationen ist wichtiger als Schutz vor Überwachung
- **Kritische Bürger/innen** – kritischer Blick auf zu viel Überwachung bei grundsätzlichem Polizeivertrauen
- **Self-Policing** – auf Basis von hohem Vertrauen in die Polizei, Anonymitätsgewinn durch weitgehende Übernahme polizeilicher Anforderungen und Selbstdurchsetzung dieser nach innen

Gegenüberwachungsstrategien

Zu den wichtigsten Reaktionsweisen auf polizeiliche Überwachung gehört der Versuch, diese zu ‘neutralisieren’ oder zu Mitteln der Gegenüberwachung (Monahan 2006) zu greifen. In Ausweitung bisheriger reduktionistischer Ordnungsversuche von „Neutralisierungstechniken“ als individuellen

Verhaltensweisen (Marx 2009) wurden auch kollektive und interaktive Dimensionen in die Analyse einbezogen. Aus einer Vielzahl von Quellen, neben den selbst erhobenen Daten auch Handbücher, Webseiten und Sekundärliteratur ließen sich fünf Grundtypen von Gegenüberwachungshandeln auf Basis einer Art Metakategorie (Wahrnehmung und Reflexion) extrahieren. Sie lassen sich entlang zweier Dimensionen differenzieren, d.h. sie unterscheiden sich a) hinsichtlich des Grades der Kooperation mit der Polizei und b) der Gerichtetheit (nach innen, auf die Demonstration vs. nach außen, auf Polizei/Öffentlichkeit usw.). Die herausgearbeiteten Sicherheitskulturen gehen mit Affinitäten für bestimmte Typen des Gegenüberwachungshandelns einher; sie stellen Hintergrundwissen für die entsprechenden Handlungen bereit und sind damit eine Bedingung für den genuin kollektiven Charakter mancher Formen der Gegenüberwachung.

- *Metakategorie: **Kamerawahrnehmung, -reflektion und -deutung***
- **Verschleiern** (eher kollektiv, vorbereitet) – nicht kooperativ, nach innen
- **Verstecken** (situational, individuell) – teilkooperativ (legal) nach innen
- **Angriff** (physisch, verbal) – nicht kooperativ, nach außen
- **Sousveillance** (“Unterwachung”) und formale/juristische Kontrollwege – teilkooperativ, nach außen
- **Kooperation** (kommunikative Konfliktminimierung) – kooperativ, nach innen & außen

Die Interaktionsebene: eine Spirale von Überwachung und Gegenüberwachung

Ganz offensichtlich ist das analysierte Feld nicht von einem linearen Reiz-Reaktionsschema geprägt, wie es das Begriffspaar Überwachung/Gegenüberwachung suggerieren könnte. Vielmehr beobachten die verschiedenen Akteure einander, teilweise vermittelt über Medien – Massenmedien ebenso wie soziale Netzwerke (die insbesondere in der Gegenüberwachung eine große Rolle spielen, da Handyvideos von Polizeiverhalten eine der verbreitetsten Gegenüberwachungstechniken ist). Die Handlungsrepertoires bilden sich also in einem Prozess der Koevolution oder „interactive diffusion“ zwischen Polizei und Protestgruppen (della Porta und Tarrow 2012). Nur ansatzweise findet diesbezüglich bisher in den sozialen Bewegungen der Umstand Beachtung, dass gerade Protestrepertoires und auch Gegenüberwachungsstrategien, die auf ein Gegengewicht zur polizeilichen Übermacht in punkto Überwachungs- und Kontrollkapazität zielen, auch äußerst ambivalente, unintendierte und teils gegenläufige Effekte mit hervorbringen können. Zu diesen, dem Gegenüberwachungsoptimismus mancher Aktiven entgegenstehenden Aspekten gehört:

- Die hohe mediale Skandalisierungsschwelle angesichts der Rolle der Polizei als anerkannter „primary definer“ (vgl. Greer und McLaughlin 2010),
- indifferente bis gegenteilige Publikumsreaktion,
- polizeiliche Gegenreaktionen (Vorgehen gegen Filmende, Vermummung bei der Polizei),
- Waffengleichheit der Akteure (bspw. Vermummungsverbot für Demonstrierende vs. nicht identifizierbare „Robocops“),
- zunehmende Social-Media-Aktivitäten der Polizei → Etablierung einer Aufmerksamkeitsökonomie und eines „Kampf[es] um die Bilder“ (Knopp und Ullrich 2016),
- Nutzung von Gegenüberwachungsvideos für Strafverfolgung durch Polizei,
- negative Reaktionen von anderen, besonders auf Anonymität bedachten Demonstrierenden,
- Selbststigmatisierung durch medial nicht angesehene Anonymisierungstechniken (bspw. Schwarzer Block),
- die zudem, da sie den Klassifikationsschemata entsprechen, wiederum Auslöser verstärkter polizeilicher Kontrolle sein können („second level of social sorting“).

Diese Ambivalenzen und Gegenteilstendenzen verdichten sich in einer beobachtungs- und anpassungsgetriebenen Spirale von Überwachung und Gegenüberwachung (Wilson und Serisier 2010), einem „social dance of surveillance and counter-surveillance“ (Marx 2009), in dem sich Produktionsmotiv und Verwendungskontext von Bildern tendenziell entkoppeln. Der Fall verdeutlicht auch für das Protest Policing, dass die gegenwärtige, netzwerkförmig-rhizomatisch strukturierte Überwachungsgesellschaft kein innergesellschaftliches Außen hat (vgl. Haggerty und Ericson 2000).

Fazit

Die Ergebnisse des Forschungsprojektes sind ein Beitrag zum Verständnis der Fiktionalität der polizeilichen Rechtsprogrammierung und damit zur Selektivität polizeilichen Sanktionierungsverhaltens (Brusten 1971). Deutlich zeigen die Resultate, wie sehr in der *surveillant assemblage* (Haggerty und Ericson 2000) unterschiedlichste Motive („desires“) auch ungewollt zur Vertiefung der Überwachung beitragen können, was zugleich die Notwendigkeit der gleichzeitigen Analyse von Polizei, Demonstrierenden und den medialisierten Aspekten ihres Handelns unterstreicht.

In theoretischer Hinsicht verdeutlicht sich damit auch, wie wichtig es war, das durch den Foucault'schen Panoptismus (Foucault 1994) zu lang dominierte Theoriegerüst der Surveillance Studies (Zurawski 2006, Ragnedda 2011) um postpanoptische, subjektivierungs- und gouvernementalitätstheoretische

Perspektiven zu erweitern. Videoüberwachung von Protest erweist sich geradezu als Musterbeispiel eines von subtilen Machtwirkungen geprägten Kontrollarrangements, dessen Effekte nicht nur auf der architektonischen Ungleichverteilung von Sehen und Gesehenwerden beruhen, sondern auf der Anrufung zur situationsgebundenen Reflexion. Dieser stellen sich Demonstrierende individuell und kollektiv unterschiedlich, in Abhängigkeit von konkreten Situationen, gesammelten Erfahrungen, kollektiven Deutungsmustern und verschiedenen (politischen) Zielen. Es kommt zur Ausbildung von auf Überwachung bezogenen ‚Sicherheitskulturen‘ der Bewegungen als produktive Machtwirkung.

Verschiedene konkrete und allgemeine Fragen schließen sich hier an. Einer weiteren Detaillierung und theoretischen Modellierung bedürfen die Faktoren, die die je konkrete Ausschöpfung des polizeilichen Ermessensspielraums und die selektive Sanktionierung determinieren. Dabei gilt es, die sich abzeichnenden Tendenzen im gegenwärtigen polizeilichen Umgang mit Protest (u.a. Technisierung, Aufrüstung, Medialisierung, Vernetzung, Selektivität, Umschlagen massiver Prävention in Repression, Etablierung des Ausnahmezustands), die hier nicht alle umfassend gewürdigt werden konnten, verstärkt in den Blick zu nehmen.

Literatur

- Arzt, C. und Ullrich, P., 2016. Versammlungsfreiheit versus polizeiliche Kontroll- und Überwachungspraxis. vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, 55 (1), 46–60.
- Baumgarten, B. und Ullrich, P., 2016. Discourse, Power, and Governmentality. Social Movement Research with and beyond Foucault. In: J. Roose und H. Dietz, Hrsg. Social Theory and Social Movements: Mutual Inspirations. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 13–38.
- Belina, B. und Wehrheim, J., 2011. „Gefahrengebiete“. Durch die Abstraktion vom Sozialen zur Reproduktion gesellschaftlicher Strukturen. Soziale Probleme, 23 (1), 207–230.
- Bredenkamp, H., 2004. Bildakte als Zeugnis und Urteil. In: M. Flacke, Hrsg. Mythen der Nationen. 1945 - Arena der Erinnerung. Mainz: Verlag Philipp von Zabern, 29–68.
- Brusten, M., 1971. Determinanten selektiver Sanktionierung durch die Polizei. In: J. Feest und R. Lautmann, Hrsg. Die Polizei. Soziologische Studien und Forschungsberichte. Opladen: Westdeutscher Verlag, 31–70.
- Busch, H., Funk, A., Narr, W.-D., Kauß, U., und Werkentin, F., 1988. Die Polizei in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main: Campus.

- Della Porta, D. und Tarrow, S., 2012. Interactive Diffusion. The Coevolution of Police and Protest Behavior With an Application to Transnational Contention. *Comparative Political Studies*, 45 (1), 119–152.
- Feest, J. und Blankenburg, E., 1972. Die Definitionsmacht der Polizei. Strategien der Strafverfolgung und soziale Selektion. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag.
- Foucault, M., 1994. Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Frevel, B. und Behr, R., Hrsg., 2015. Empirische Polizeiforschung XVII. Die kritisierte Polizei. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Greer, C. und McLaughlin, E., 2010. We Predict a Riot? Public Order Policing, New Media Environments and the Rise of the Citizen Journalist. *British Journal of Criminology*, 50 (6), 1041–1059.
- Haggerty, K.D. und Ericson, R.V., 2000. The surveillant assemblage. *British Journal of Sociology*, 51 (4), 605–622.
- Heim, T., 2013. Metamorphosen des Kapitals. Kapitalistische Vergesellschaftung und Perspektiven einer kritischen Sozialwissenschaft nach Marx, Foucault und Bourdieu. Bielefeld: Transcript.
- Heßdörfer, F., Pabst, A., und Ullrich, P., Hrsg., 2010. Prevent and tame. Protest under (self-)control. Berlin: Karl Dietz.
- Kammerer, D., 2008. Bilder der Überwachung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Knopp, P. und Müller-Späth, F., 2017. Protestereignisse und Videoüberwachung. Eine ethnografische Studie. *ipb working papers*.
- Knopp, P. und Ullrich, P., 2016. Kampf um die Bilder. Videoüberwachung und Gegenüberwachung von Demonstrationen in Österreich. *Juridikum. Zeitschrift für Kritik, Recht, Gesellschaft*, (4), 527–537. <http://www.juridikum.at/veranstaltungen/philipp-knopp-peter-ullrich-kampf-um-die-bilder/>.
- Knorr-Cetina, K., 2012. Skopische Medien. Am Beispiel der Architektur von Finanzmärkten. In: F. Krotz und A. Hepp, Hrsg. *Mediatisierte Welten. Beschreibungsansätze und Forschungsfelder*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 167–195.
- Krasmann, S., 2005. Mobilität. Videoüberwachung als Chiffre einer Gouvernementalität der Gegenwart. In: L. Hempel und J. Metelmann, Hrsg. *Bild - Raum - Kontrolle. Videoüberwachung als Zeichen gesellschaftlichen Wandels*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 308–324.
- Kühl, S., 2014. Ganz normale Organisationen. Zur Soziologie des Holocaust. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Latour, B., 1999. Pandora's Hope. Essays on the Reality of Science Studies. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.
- Lessenich, S., 2008. Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: transcript Verlag.

- Marx, G.T., 2009. A Tack in the Shoe and Taking off the Shoe. Neutralization and Counter-neutralization Dynamics. *Surveillance & Society*, 6 (3), 294–306.
- Monahan, T., 2006. Counter-surveillance as Political Intervention. *Social Semiotics*, 16 (4), 515–534.
- Ragnedda, M., 2011. Social Control and Surveillance in the Society of Consumers. *International Journal of Sociology and Anthropology*, 3 (6), 180–188.
- Reichertz, J., 2003. Empirisch-Wissenssoziologische Polizeiforschung in Deutschland. In: H.-J. Lange, Hrsg. *Die Polizei der Gesellschaft. Zur Soziologie der Inneren Sicherheit*. Opladen: Leske + Budrich, 413–426.
- Reiner, R., 2010. *The Politics of the Police*. 4. Aufl. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Rogers, C., 2014. Researching the Police - Zero Tolerance and Community Safety. In: J. Gravelle und C. Rogers, Hrsg. *Researching the Police in the 21st Century. International Lessons from the Field*. Houndsmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 20–42.
- Schulz-Schaeffer, I., 1999. Technik und Dualität von Ressourcen und Routinen. *Zeitschrift für Soziologie*, 28 (6), 409–428.
- Ullrich, P., 2011. Gesundheitsdiskurse und Sozialkritik - Videoüberwachung von Demonstrationen. Zwei Studien zur gegenwärtigen Regierung von sozialen Bewegungen und Protest. München: Deutsches Jugendinstitut, http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/9_14638_Videoeueberwachung_Ullrich_2012.pdf.
- Ullrich, P., 2014. Protest und technische Überwachung. Das Beispiel Videoüberwachung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 27 (4), 40–50. http://www.fjnsb.org/sites/default/files/downloads/fjsb_2014-4_ullrich.pdf.
- Ullrich, P., 2018 (im Druck). Polizei im/unter Protest erforschen. Polizeiforschung als Entdeckungsreise mit Hindernissen. In: C. Howe und L. Ostermeier, Hrsg. *Polizei und Gesellschaft. Transdisziplinäre Perspektiven zu Methoden, Theorie und Empirie reflexiver Polizeiforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wilson, D.J. und Serisier, T., 2010. Video Activism and the Ambiguities of Counter-Surveillance. *Surveillance & Society*, 8 (2), 166–180.
- Winter, M., 1997. *Die Polizei - autonomer Akteur oder Herrschaftsinstrument?* (Die Halleschen Graureiher 97-3). Halle: Institut für Soziologie, Universität Halle.
- Zurawski, N., 2006. Surveillance Studies. Forschungsperspektiven zu Kontrolle und Überwachung. *Forum Wissenschaft*, (2), 14–17.